

Juni 2020

Länderbericht

Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus



Innenpolitischer Brandbeschleuniger: Corona in Armenien

Dr. Thomas Schrapel

Pandemie als Fakt und Politikum

War der Zeitpunkt Zufall oder ein kalkulierter Schritt? Am 01. Juni informierte der armenische Premierminister *Nikol Paschinyan* die Öffentlichkeit darüber, dass er selbst und die engsten Angehörigen seiner Familie, Ehefrau und drei Töchter, mit dem Corona-Virus infiziert seien. Für regierungskritische Teile der armenischen Gesellschaft war es schwer, diese Meldung einfach nur zur Kenntnis zu nehmen ohne gleichzeitig einen Zusammenhang zur innenpolitischen Situation herzustellen. Dass bereits eine Woche später bekanntgegeben wurde, die Familie des Premierministers und *Paschinyan* selbst seien wieder genesen, heizte zusätzlich Vermutungen an, bei der offiziell verkündeten Infektion habe es sich nur um ein Ablenkungsmanöver gehandelt. Auch werden die offiziell zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen der Regierung, wie beispielsweise der am letzten Wochenende zum dritten Mal verlängerte Ausnahmezustand, überwiegend unter aktuellen politischen Vorzeichen interpretiert. Dabei scheint der Kreis der regierungskritischen Teile in der armenischen Gesellschaft von Tag zu Tag immer größer zu werden.

Die regelmäßig veröffentlichten Zahlen über Neuerkrankungen mit dem Corona-Virus in Armenien sind ernüchternd, vielleicht sogar schockierend. Schon seit Wochen erhöht sich diese Zahl pro Tag um 500 bis mehr als 700 Neuerkrankungen, also bis zu 4500 pro Woche! Ein Land wie Armenien mit einer fragilen Infrastruktur im Gesundheitswesen muss solche Zahlen ernstnehmen! Natürlich gibt es

verschiedene Gründe für diesen tragischen Verlauf. Aber es fällt auf, beispielsweise im Vergleich zum Nachbarland Georgien, dass für die politische Opposition in Armenien der Umgang mit der Pandemie seitens der Regierung längst zum Politikum geworden ist.

„Stunde der Exekutive“ wurde zum Offenbarungseid

Einerseits wirft man der Regierung Versagen bei der Pandemiebekämpfung vor. So wird kritisch angemerkt, in *Paschinyans* Regierung agierten zu viele politisch unerfahrene Leute. Diese könnten nicht sachgerecht genug mit der Krise umgehen. Es dürfte in der Tat ein evidenter Fehler gewesen sein, beispielsweise der irischen „Ryanair“ noch bis in die zweite Hälfte des März erlaubt zu haben, Flüge von Eriwan nach Mailand oder auch nach Teheran durchzuführen. Bekanntermaßen waren Norditalien und Iran schon damals zwei der gefährlichsten „Corona-Hotspots“.

Auch fanden in manchen Provinzen Armeniens noch im März ungeschützte Massenveranstaltungen statt, bei denen die Regierung für ein Referendum zur Entlassung der Mitglieder des Verfassungsgerichts warb. Spätestens hier war in der öffentlichen Wahrnehmung die Pandemie nicht mehr von anderen innenpolitischen Themen zu trennen. Auf die seit Langem dauernde Auseinandersetzung zwischen Regierung und Verfassungsgericht wird unten noch einzugehen sein.

Andererseits ist es auf Seiten mancher Regierungskritiker schon längst üblich geworden, die offiziellen Zahlen anzuzweifeln! Die Zahlen

seien demnach zu hoch angesetzt, weil internationale Hilfe konkret an dieser Statistik „berechnet“ und somit die Regierung mehr Hilfe in Anspruch nehmen würde, als eigentlich vorgesehen. Ein zweiter Grund für die angeblich künstlich nach oben gerechneten Zahlen sei darin zu sehen, dass so die Regierung unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung drastische Maßnahmen wie Ausgangssperren effizient zur politischen Bekämpfung der Opposition nutzen könne.

Auch wenn es in der derzeitigen Situation sehr schwer sein dürfte, diese Vorwürfe zu verifizieren, zeigen diese in den sozialen und traditionellen Medien breit geführten Diskussionen, wie tief die Diskrepanz zwischen offizieller Politik und deren Wahrnehmung in großen Teilen der Bevölkerung inzwischen geworden ist. Der einstige Volksheld *Paschinyan* erscheint jetzt in der Öffentlichkeit „nur“ noch als ein Premierminister, der sich täglich mit inner- und außerparlamentarischer Kritik auseinandersetzen muss. Manche Diskussionen suggerieren: das Vertrauen in dessen Regierung scheint in geradezu atemberaubendem Tempo zu schwinden. Dem Premierminister wird nicht nur völliges Versagen beim Kampf gegen Corona vorgeworfen, sondern darüber hinaus auch noch die Vermutung verbreitet, mittels der außerordentlichen Maßnahmen in Wirklichkeit die Opposition bekämpfen zu wollen. Aber die Probleme bei der Eindämmung der Pandemie sind offenkundig! Allein: Wer ein wenig um die kulturelle und historische Gemengelage im Südkaukasus weiß, empfindet es zumindest als sehr bemerkenswert, dass Armenien nunmehr offiziell Georgien im Kampf gegen die Pandemie um Hilfe gebeten hat. Gemeinhin gilt so etwas als deutliches Eingeständnis, in dieser Frage gescheitert zu sein.

Frisst die „Samtene Revolution“ ihre Kinder?

Das vormals breite Bündnis der *Paschinyan*-Unterstützer scheint auseinanderzubrechen. Dem gehörten 2018 große Teile der

außerparlamentarischen Zivilgesellschaft an, wodurch die „Samtene Revolution“ eigentlich erst ermöglicht wurde. Die daraus entstandene Regierung hat es jetzt mit inner- und außerparlamentarischer Opposition zu tun! Für den Premierminister und einst strahlenden Helden der „Samtenen Revolution“ ist diese Situation neu! Denn zunehmend richten sich einflussreiche Teile der Zivilgesellschaft gegen die Regierung. So protestierte beispielsweise der Mitbegründer der NGO „Rechtlicher Weg“, *Ruben Melikyan*, gegen die weitere Verlängerung des Ausnahmezustandes und wurde verhaftet. Erst nach Protesten beispielsweise durch den Vorsitzenden des armenischen Helsinki-Komitees wurde er wieder freigelassen.

Wären es nur die Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der ehemaligen Regierungspartei „Republikaner“, *Armen Ashotyan*, dann würden politische Beobachter wahrscheinlich einfach zur Tagesordnung übergehen. Schließlich wurden die „Republikaner“ vor zwei Jahren als parlamentarische Kraft von der „Samtenen Revolution“ geradezu hinweggefegt. Für ihn steht fest, der Premierminister würde keinen Kampf mehr gegen Corona, sondern nur noch für seine Macht führen.

Aber jetzt gehen auch namhafte Unterstützer von *Paschinyans* „Samtener Revolution“ von 2018 immer mehr auf Distanz zur Regierung des Premierministers. In Anlehnung an das tragende Motto der damaligen breiten Protestbewegung, als mit „Sersch geh `weg!“ der Rücktritt des langjährigen Präsidenten *Sersch Sargsyan* gefordert wurde, schallt dem einst strahlenden Anführer der „Samtenen Revolution“ *Nikol Paschinyan* nunmehr selbst der Ruf entgegen: „*Nikol geh' weg!*“. Waren es anfänglich Forderungen Einzelner, so schließen sich derzeit immer größer werdende Teile der armenischen Gesellschaft diesem Ruf an.

Dass Maßnahmen gegen „Corona“ mit Kritik an der Politik einhergehen, ist nicht ungewöhnlich, wie man auch mit Blick auf stabile Demokratien

erfahren kann. Aber in Armenien erscheint die Debatte derzeit besonders diffus. Und bei den Kritikern der Regierung *Paschinyan* handelt es sich längst nicht mehr nur um Social-Media-Aktivist*innen. Auch namhafte Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft zweifeln an der offiziellen Politik.

Der Druck auf den einstigen Helden der „Samtenen Revolution“ scheint täglich zu wachsen. Und mit Blick auf die Kritik in breiten Teilen der Zivilgesellschaft erlebt *Paschinyan* schon nach zwei Jahren ein Déjà-vu. Oder ist es nur eine Art postrevolutionäres Normalitätssyndrom?

Weiterhin stabile Machtverhältnisse im Parlament für die Regierungspartei

Neben all diesen Beobachtungen sollte eines nicht vergessen werden. *Paschinyans* Parteienbündnis „Mein Schritt“ verfügt mit 88 von insgesamt 132 Sitzen immer noch über eine absolute Mehrheit im Parlament. Neben zwei unabhängigen Mandaten entfallen 42 auf die Parteien „Blühendes Armenien“ und „Helles Armenien“. Beide Parteien unterstützten vor zwei Jahren die „Samtene Revolution“.

Welche Maßstäbe sollten bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation in Armenien angelegt werden? *Paschinyan* wurde vor gut zwei Jahren als allseits hoch geachteter Revolutionsheld weltweit bekannt. Die Begeisterung für ihn schien grenzenlos – in Armenien, aber auch international erhielt er beachtlichen Vertrauensvorschuss. Selbstredend sollte alles anders gemacht werden und die Mehrheitsverhältnisse im Parlament wurden tatsächlich geradezu auf den Kopf gestellt. Viele Demonstrant*innen und Angehörige zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden Politiker. Aber schon seit längerem sind auch sie in der tagespolitischen Realität angekommen.

Die aktuell verkündete dritte Verlängerung des Ausnahmezustandes, der nunmehr bis zum 13.

Juli dauern soll, wurde aber von zahlreichen Oppositionspolitikern zum Anlass genommen, sich nicht nur gegen die Corona-Maßnahmen zu stellen, sondern *Paschinyans* Politik prinzipiell zu attackieren. Auch innerhalb des Parlaments formiert sich immer größerer Widerstand gegen die Regierung. Die drittgrößte Fraktion in der armenischen Nationalversammlung wird mit 17 Sitzen von der Partei „Helles Armenien“ gebildet. Vertreter dieser Partei positionieren sich jetzt ganz klar gegen die Regierungsmaßnahmen. Das ist umso bemerkenswerter, als „Helles Armenien“ zum vormaligen Parteienbündnis „Mein Schritt“ unter Führung *Paschinyans* gehörte und im Grunde genommen auf der Euphorie-Welle der „Samtenen Revolution“ im Dezember 2018 ins Parlament einziehen konnte. Damit hat der Premierminister vormals wichtige Verbündete nun gegen sich.

Gagik Tsarukyan, Vorsitzender der Partei „Blühendes Armenien“ und 2018 ebenfalls aktiver Unterstützer *Paschinyans*, wurde letzten Sonntag in den Nationalen Sicherheitsdienst einbestellt und verhört. Dessen Partei stellt nunmehr mit 25 Sitzen die größte Oppositionsfraktion. Er beschuldigt den Premierminister, ihn mithilfe des Sicherheitsdienstes politisch zu verfolgen. Auch dieser Fall zeigt, dass es für politische Beobachter immer schwieriger wird, zwischen tatsächlicher Kritik an den Anti-Corona-Maßnahmen und prinzipieller politischer Opposition zu unterscheiden. *Tsarukyan* hatte zunächst den Rücktritt der Regierung gefordert, weil die in der Pandemie-Bekämpfung versagt habe. Eine Woche später wurde nun der schillernde Oligarch vom Sicherheitsdienst befragt. Auch seien gleichzeitig Angehörige seiner Partei in armenischen Provinzen verhaftet worden. Es ist die zeitliche Nähe der Ereignisse, die Skepsis befördert. Am 16. Juni schließlich wurde die Immunität *Tsarukyans* mit den Stimmen der *Paschinyan*-Partei aufgehoben. Die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien „Blühendes Armenien“ und „Helles Armenien“ blieben der Abstimmung fern.

Gegen ein weiteres prominentes Mitglied der Partei „Blühendes Armenien“, die Abgeordnete *Naira Zohrabyan*, wurde am 15. Juni seitens des Sicherheitsdienstes ein Strafverfahren eingeleitet. Frau *Zohrabyan* ist Vorsitzende des Ausschusses für „Menschenrechte und öffentliche Angelegenheiten“. Im Zusammenhang mit Protesten gegen die Regierungsmaßnahmen gab es am Sonntag zahlreiche Verhaftungen in Eriwan und anderen Orten in Armenien.

Am 17. Juni brachte die Fraktion von „Blühendes Armenien“ zwei Initiativen ins Parlament ein. Zum einen wird ein Untersuchungsausschuss gefordert, der sich mit dem Versagen der Regierung bei der Corona-Bekämpfung befassen soll. Zum anderen will die Opposition vom Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des von der Regierung verlängerten Ausnahmezustands klären lassen.

Gleichzeitig wird man nicht behaupten können, dass die beiden einzigen Oppositionsparteien im Parlament bisher destruktiv agiert hätten. Ganz im Gegenteil, bei zahlreichen Gesetzesinitiativen allein in der „Corona-Zeit“ seit Mitte März stimmten die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien für Regierungsvorlagen bzw. brachten auch selbst welche ein, die dann mit der Mehrheit auch der Abgeordneten des Regierungsbündnisses „Mein Schritt“ beschlossen wurden. Überhaupt kann man sagen: das Parlament in Armenien arbeitet regulär und wird von den wichtigen Oppositionsparteien weiterhin als Ort der politischen Auseinandersetzungen akzeptiert.

Außerparlamentarische Parteienlandschaft formiert sich neu

Artur Ghazinyan, Gründer und Vorsitzender der Partei „Ein Armenien“, ist sich sicher, dass die Corona-Maßnahmen der Regierung vor allem gegen die politische Opposition gerichtet seien. Die Partei „Ein Armenien“, eine der zahlreichen Neugründungen, etablierte sich erst 2019 und trat mithin noch nicht als eigenständige politische

Kraft in Erscheinung. Ihr gehören aber einflussreiche Juristen und Wissenschaftler an.

Zwischenzeitlich haben sich die Parteien „Blühendes Armenien“, „Hayrenik“ und die sogenannte „Armenische Revolutionäre Föderation“ (ARF) verbündet. Die Hauptforderung lautet: Rücktritt *Paschinyans* und dessen gesamter Regierung! Bei „Hayrenik“ und „ARF“ handelt es sich um Parteien, in denen die Diaspora-Armenier großen Einfluss haben. Vorsitzender der Partei „Hayrenik“ ist *Artur Vanetsyan*. Er wurde gleich nach der „Samtenen Revolution“ von *Paschinyan* als Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes eingesetzt – eine der mächtigsten Behörden des Landes. Man kann davon ausgehen, dass solche Posten nur von absoluten Vertrauenspersonen der jeweiligen Regierungschefs eingenommen werden. Auch *Vanetsyan* gehört jetzt zu den politischen Gegnern des Premierministers!

Zu den nennenswerten Akteuren außerhalb des Parlaments, die sich aktuell ganz offen gegen die Regierungspolitik und namentlich den Premierminister stellen, gehört die Partei „Adekvad“. 2018 als betonte „bürgerliche Bewegung“ gestartet, ist „Adekvad“ seit 2019 offiziell als Partei registriert. Die Brisanz liegt in einer Personalie. Herausragende Persönlichkeit dieser Partei ist *Mikayel Minasyan*, der kürzlich offiziell als PM-Kandidat der Partei präsentiert wurde. Es ist der Schwiegersohn des von *Paschinyan* geschassten ehemaligen Präsidenten *Sersch Sargsyan*.

Darüber hinaus macht immer mehr eine weitere, sich selbst so nennende „bürgerliche Bewegung“ von sich reden: „VETO“. Dessen Anführer *Narek Malian* trat in der Vergangenheit als exzessiver Gegner der „Open Society Foundation“ auf, die er beschuldigte, *Paschinyans* „Samtene Revolution“ finanziert zu haben. *Malian* war vor der „Revolution“ ein enger Weggefährte des ehemaligen Polizeipräsidenten *Vladimir Gasparyan*.

Die Ursachen für die krisenhafte innenpolitische Lage sind vielschichtig. Sie reichen zeitlich weit

vor den Beginn der Corona-Krise. Die Pandemie ist nicht die Ursache für die angespannte innenpolitische Situation, aber ein veritabler Katalysator dafür!

Konflikt zwischen Regierung und Verfassungsgericht

Seit vielen Monaten schwelt ein Konflikt zwischen Regierung und Verfassungsgericht. *Paschinyans* ganz persönliches Engagement ist dabei mehr als nur auffallend. Dessen Ziel ist es offenkundig, das Verfassungsgericht personell neu zusammensetzen. Von den insgesamt neun Verfassungsrichtern sollen sechs und zusätzlich der Vorsitzende des Verfassungsgerichts *Hrayr Tovmasyan* zurücktreten. Seit Anfang 2019, also kurz nach der Parlamentswahl, wurden die Richter des Verfassungsgerichts ziemlich offen und unverhohlen aufgefordert, zurückzutreten. Da diese offiziell nicht reagierten und auch die Kritik an diesem Vorgehen der Regierung immer stärker wurde, versuchte *Paschinyan* über ein anderes, zweifelhaftes „Angebot“, die ihm offenkundig missliebigen Verfassungsrichter aus ihren Ämtern zu bringen. Sollten diese „freiwillig“ zurücktreten, würde ihnen das gesamte Gehalt bis zum Beginn ihres Rentenalters gezahlt. Dafür wurde im Dezember 2019 eigens ein Gesetz im Parlament beschlossen, das vorsah, die Betroffenen sollten unter diesen Bedingungen bis Ende Februar 2020 ihren Rücktritt erklären. Keines der Mitglieder des Verfassungsgerichts ging auf dieses „Angebot“ ein.

Da ein Einlenken der Verfassungsrichter nicht in Aussicht steht, unternahm auf *Paschinyans* Weisung das Parlament Anfang Februar 2020 einen weiteren Versuch, die Richter „legal“ aus ihren Ämtern zu bringen. Über ein Referendum sollte die Gelegenheit geschaffen werden, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass die Verfassungsrichter vorzeitig aus den Ämtern gebracht werden können. Für dieses Referendum warb die *Paschinyan*-Partei noch im März in öffentlichen Veranstaltungen (s.o.). Das Referendum selbst sollte am 5. April abgehalten

werden, was durch die Corona-Maßnahmen verhindert wurde.

Abgesehen von dem doch ziemlich robusten und letztendlich zweifelhaften Vorgehen eines Verfassungsorgans gegen ein anderes, stellte sich für internationale Beobachter die Frage, warum sich *Paschinyan* so massiv gegen das Verfassungsgericht stellt. Warum nimmt er in Kauf, dass seine internationale Reputation wegen dieser Angelegenheit Schaden nehmen könnte? Denn Kritik an seinem Vorgehen war natürlich vorprogrammiert. Schlüsselfigur ist der zweite Präsident der Republik Armenien *Robert Kotcharyan*. Und ganz konkret geht es um Ereignisse, die ganz am Ende von dessen Amtszeit im März 2008 lagen.

Am 1. März 2008 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in Eriwan. Demonstriert wurde gegen eine vermeintliche Wahlfälschung, mittels derer *Sersch Sargsyan* schon im ersten Wahlgang gegen den ersten armenischen Präsidenten *Levon Ter-Petrosyan* gewählt wurde.

Kotcharyan war noch bis Ende April 2008 im Amt und mithin verantwortlich für den massiven Einsatz von Polizei und Sicherheitskräften, in dessen Ergebnis mehr als zehn Tote zu beklagen waren. Von den damaligen Ereignissen wird ein Bogen in die Gegenwart geschlagen mit politischer und personeller Brisanz. Denn einer der aktivsten Demonstranten gegen die vermeintlichen Wahlfälschungen 2008 war der damals 32 Jahre junge *Nikol Paschinyan*, der *Ter-Petrosyan* im Wahlkampf unterstützt hatte. Nach den gewaltsam aufgelösten Demonstrationen gelang es *Paschinyan* zunächst, für einige Zeit unterzutauchen. Schließlich wurde er verhaftet und verbrachte eineinhalb Jahre im Gefängnis. Dafür und für den gesamten damaligen Einsatz der Sicherheitskräfte macht er insbesondere *Kotcharyan* verantwortlich. Gegen ihn wurde unmittelbar nach Machtantritt *Paschinyans* 2018 wegen der damaligen Ereignisse eine Untersuchung angestrebt. Jedoch wandte sich das für die Verhandlung zuständige Amtsgericht

an das Verfassungsgericht, um prüfen zu lassen, ob die Anklage überhaupt rechters sei. Konkret ging es um die Frage der Anwendbarkeit eines Strafgesetzentikels in diesem Fall.

Aber das Verfassungsgericht traf selbst keine Entscheidung und wandte sich mit dieser Frage an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrecht für Menschenrechte. Dadurch bekam der Vorgang eine Eigendynamik, die von der Regierung wahrscheinlich nicht angestrebt war. Denn es ist schwer vorstellbar, dass *Paschinyan* in diesem Punkt so viel internationale Aufmerksamkeit angestrebt hatte. Mit Hilfe der Justiz sollte Geschichte aufgearbeitet werden. Es ist auch nicht ganz auszuschließen, dass persönliche Genugtuung in diesem Kontext eine Rolle spielt. Aber daraus hat sich eine veritable Verfassungskrise entwickelt! Die ist bis heute nicht beigelegt und lastet auf der armenischen Innenpolitik

Ausblick: „Shutdown“ mit hoher politischer Dynamik

Wie Armenien insgesamt die Corona-Krise übersteht, ist noch nicht abzusehen. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen erschweren oder verhindern gar eine nüchterne Analyse über die tatsächliche Dimension der Pandemie.

Aber die armenische Regierung profitiert immer noch von einem veritablen Vertrauensvorschuss seit der sogenannten „Samtenen Revolution“ genau vor zwei Jahren. Die letzte repräsentative Umfrage (International Republican Institute) ermittelte 76 Prozent der Armenier, die mit der Arbeit des Premierministers insgesamt zufrieden seien. Das ist ein sehr guter Wert. Aber das war im Oktober 2019 – also längst vor Corona! Neuere Umfragen gibt es nicht.

Man kann auch weiterhin davon ausgehen, dass eine Mehrheit der armenischen Bevölkerung generell hinter der Politik der Regierung steht, trotz der oben beschriebenen Konflikte. Das während der „Samtenen Revolution“ allseits

dominierende Thema, der Kampf gegen Korruption, steht weiterhin auf der Agenda. Auch wenn das Land noch weit davon entfernt ist, Korruption als Wirtschaftshemmnis vernachlässigen zu können, wurden durchaus Erfolge erzielt. Laut Transparency International (Dezember 2019) konnte die systemische Korruption reduziert werden.

Allerdings sind die Erwartungen der Armenier an die Regierung weiterhin hoch und die Zeit rennt. Politisch führte der Pandemie bedingte „Shutdown“ nicht zum Stillstand! Ganz im Gegenteil, alte Konflikte wurden und werden während des Ausnahmezustands eher beschleunigt und darüber hinaus eröffnen sich neue. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die Zivilgesellschaft, die neuen Parteien und politischen Bündnisse außerhalb des Parlamentsbetriebs entwickeln. Eine starke Zivilgesellschaft hat vor genau zwei Jahren das Land politisch erschüttert und ganz neue Konstellationen hervorgebracht.

Es gibt auch eine Diskrepanz in der Wahrnehmung der armenischen Innenpolitik. Die hier in diesem Bericht beschriebenen Konfliktlinien dominieren den öffentlichen Diskurs soweit man diesen in den sozialen und traditionellen Medien verfolgen kann. Aber die Armenier agieren in einer politischen Kultur, die stark personalisiert wahrgenommen wird. Deshalb ist es natürlich interessant, beispielsweise die Rolle des jetzigen Premierministers bei den Demonstrationen vor 12 Jahren intensiv zu beleuchten. Aber letztendlich wird auch diese armenische Regierung daran gemessen, ob sie in der Lage ist, die drängenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen. In allen entsprechenden Umfragen seit Amtsantritt *Paschinyans* nennen die Armenier die Arbeitslosigkeit und mithin die Zukunftsaussichten als das drängendste Problem – Verfassungskrise hin oder her.

Der bereits unter der Vorgängerregierung eingeschlagene Weg, Armenien zu einem High-Tech-Hotspot zu entwickeln, wird von der neuen

Regierung konsequent weitergeführt. Und es wäre einer der wenigen Wirtschaftszweige, die wegen „Corona“ bis jetzt längst nicht so starke Einbußen hinnehmen musste, wie traditionelle. Strategisch ist die IT-Branche für Armenien auch deshalb so wichtig, weil damit erhebliche Nachteile aufgrund der relativen Isolierung des Landes, das zwei von vier Grenzen geschlossen hat, weitestgehend kompensiert werden könnten. Aber bei einer Arbeitslosenquote von ca. 20 Prozent stellt sich die Frage, wie viele Armenier an diesem Wirtschaftszweig

partizipieren können. Bisher ist die Abwanderung junger Armenier ins Ausland nicht wesentlich eingedämmt.

Mit Blick auf den erheblichen Einfluss, den die Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie auf die aktuelle politische Entwicklung haben, dürfte sich die dynamische Entwicklung der innenpolitischen Konflikte in Armenien in den nächsten Monaten fortsetzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Schrapel
Leiter Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

thomas.schrapel@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)